Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 24. Februar 2024

A4ALT: Frieden und Freiheit für Israel und Palästina

ÄNDERUNGSANTRAG Ä2

*Antragsteller*in:* *Martin Forberg*

Status: *Zurückgezogen*

Antragstext

Von Zeile 60 bis 61 einfügen:

Die aktuelle Entwicklung: Der Krieg und die Aufgaben grüner Politik und der Politik der Bundesregierung in diesen Tagen1. Die Eilentscheidung des Internationalen Gerichtshofs vom 26.1.2024 muss in allen Punkten durch die israelische Regierung umgesetzt werden. Das hat Aussenministerin Annalena Baerbock gefordert – wie es die Pflicht auch von Deutschland ist.„In seinem Urteil ordnete der IGH sechs vorläufige Massnahmen an. Dazu zählt die Verpflichtung Israels, Handlungen im Sinne der Völkermordkonvention zu unterlassen, die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord zu verhindern und zu bestrafen sowie sofortige und wirksame Massnahmen zu ergreifen, um die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza zu gewährleisten.“ Israel muss IGH-Entscheid nachkommen und Völkermord in Gaza verhindern — amnesty.chDen letzteren beiden Punkten hat auch der israelische Richter beim Internationalen Gerichthof, Aharon Barak, der vom israelischen Ministerpräsidenten Benjamnin Netanhaju selbst dem Gericht vorgeschlagen wurde, zugestimmt.Die Entwicklung bis zum 12.2.2024, bis zum Beginn einer noch verheerenderen Offensive der israelischen Regierung gegen Rafah im südlichen Gazastreifen legt nahe, dass die israelische Regierung in vielen dieser Punkte das Gegenteil von dem tut, wozu sie verpflichtet ist.2. Daher kann es nicht mehr reichen, mit Worten und Gesprächen zu versuchen, auf diese Regierung Einfluß zu nehmen. Konkrete Handlungen müssen folgen.3. Dieser Krieg – nach den Kriegsverbrechen der Hamas vom 7.10.2023, der Ermordung von weit über 1000 Menschen in Israel, nach der völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Geiselnahme von über 200 Menschen – ist von Seiten der israelischen Regierung immer mehr ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung im

Gazastreifen geworden, er ist immer mehr ein Krieg gegen die Palästinenser*innen an sich, wenn die steigende Siedler- und Armeegewalt gegen sie im Westjordanland mit berücksichtigt wird.Dabei lässt sich eine grundlegende Verantwortung der Hamas für diese Entwicklung – eben durch das Massaker vom Oktober letzten Jahres und durch die traumatisierende terroristische Kriegsführung gegen israelische Zivilist*innen - nicht übersehen.Ebenso unübersehbar aber ist die entgrenzte Gewaltausübung der israelischen Streitkräfte gegen die palästinensische Zivilbevölkerung des Gazastreifens – verbunden mit Kriegsverbrechen, mit unglaublichen Opferzahlen unter Frauen und Kindern, mit einer systematischen Zerstörung von Krankenhäusern und Universitäten, mit einer massiven Politik der Tötung von Journalist*innen.All dies lässt sich nicht damit rechtfertigen, daß die Hamas zivile Einrichtungen und Menschen als Schutzschilde mißbraucht. Es lässt sich überhaupt nicht rechtfertigen.Dieser Krieg ist zugleich nicht so sehr ein Krieg des Staates Israel an sich, sondern ein Krieg Netanjahus und seiner zum Teil rechtsextremistischen Koalitionspartner*innen für seine und die Machterhaltung seiner Regierung. Ist der Krieg beendet, dürfte auch Netanjahus Herrschaft endgültig beendet sein.Insofern ist dieser Krieg nicht „nur“ anti-palästinensisch, sondern auch anti-israelisch: er hat nichts zur Befreiung der israelischen Geiseln insgesamt beigetragen, gefährdet tagtäglich die Sicherheit der israelischen Zivilbevölkerung, hat nach vier Monaten keineswegs zu einer entscheidenden Schwächung der militärischen Struktur der Hamas - geschweige denn ihrer politischen - geführt und gefährdet auf Dauer das, was es an demokratischen Strukturen in Israel gibt. Denn für eine antidemokratische Haltung steht bekanntlich Netanjahus Regierung.Dieser Krieg ist nicht mehr gedeckt durch das selbstverständliche Recht des Staates Israel auf Selbstverteidigung nach dem 7.10.2023. Dieser Krieg wird – wenn er weiter geführt wird – von immer mehr Kriegsverbrechen begleitet sein, bis hin zur entsetzlichen Möglichkeit eines tatsächlichen Genozids.4. Wer dennoch die tatsächliche Kriegsführung der israelischen Regierung als „Selbstverteidigung“ wahrnimmt, hat offenbar den Bezug zu diesem Aspekt der Realität verloren.Eine solche realitätsferne Sichtweise gefährdet das internationale Ansehen der deutschen Politik, auch grüner Politik. Innenpolitisch läuft eine solche einseitige Haltung Gefahr, sowohl Antisemitismus als auch anti-palästinensischen und anti-arabischen Rassismus sowie anti-israelische Ressentiments ungewollt zu fördern.5. Einige praktische Schlussfolgerungen:5.1. Die Grünen müssen sich für einen sofortigen Waffenstillstand einsetzen! Diese Forderung richtet sich natürlich sowohl an die Hamas als auch an die israelische Regierung.

Demokratische Organisationen in Israel., die sich für ein gleichberechtigtes Miteinander von jüdischen und palästinensischen Bürger*Innen, für ein Ende der Kampfhandlungen und für die Freiheit der Geiseln einsetzen, wie die Bürger*Inneninitiative „Standing Together“, würden es den Grünen danken.(English | standing-together)Die Waffenlieferungen nach Israel, die in den letzten Monaten verzehnfacht wurden, müssen erst auf das vorherige Maß reduziert und dann ganz beendet werden!Andernfalls können auch die Grünen für Kriegsverbrechen und für einen Genozid an der palästinensischen Zivilbevölkerung des Gazastreifens mitverantwortlich werden.Unser EU-Partner Spanien hat vorgemacht, dass eine Aussetzung der Waffenlieferungen möglich ist. 5.2. Und Spanien sowie weitere Mitgliedstaaten der Europäischen Union, zu den Deutschland übrlicherweise ein freundschaftliches Verhältnis pflegt – wie etwa Belgien, das in der ersten Hälfte des Jahres 2024 die Ratspräsidentschaft in der EU inne hat - sollten auch bei der Politik gegenüber der UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) für Deutschland ein Vorbild sein.Sie haben die Zahlungen an die UNRWA fortgesetzt und zum Teil erhöht, während die Bundesregierung sie eingestellt hat.Die deutschen Zahlungen müssen wieder aufgenommen und sinnvollerweise ebenfalls erhöht werden!Denn: die erprobten Hilfs- und Versorgungsstruktiren der UNRWA sind unerlässlich, um zu verhindern, dass in der ungeheuren Hungerkatastrophe, die sich im Gazastreifen abzeichnet, nicht noch mehr Menschen sterben, als dies ohnehin sicher zu befürchten ist.Dies bedeutet nicht, die Vorwürfe der israelischen Regierung, 12 von über 10.000 UNRWA-Beschäftigten seien an dem Hamas-Massaker vom 7.10.2023 beteiligt gewesen, zu ignorieren. Auch die offiziellen israelischen Angaben, u.a. sei unter dem Hauptquartier der UNRWA in einem Tunnel eine Anlage des militärischen Geheimdienstes der Hamas untergebracht gewesen, müssen untersucht werden.Zu dem ersten Vorwurf hat es bereits Entlassungen gegeben und zwei Untersuchungen laufen.Laut britischen Medienberichten sind die Belege für die ersteren Vorwürfe dürftig.(Israel’s evidence of UNRWA Hamas allegations examined – Channel 4 News)Sollte sich der zweite Vorwurf bewahrheiten, dann bleibt davon dennoch die praktische Hilfsrolle von UNRWA für die palästinensische Zivilbevölkerung - als dringende Aufgabe heute! - unberührt.Eine Güterabwägung in Übereinstimmung mit Grundgesetz, internationalem Recht, Menschenrechten und grünen Werten macht eine deutsche Weiterförderung von UNRWA zwingend erforderlich.5.3. Ebenso muss die finanzielle Förderung palästinensischer Menschenrechts- und zivilgesellschaftlicher Organisationen wieder aufgenommen werden, die auch

durch die Bundesregierung gestoppt wurde, obwohl – wie jüngste Presseberichte deutlich machen – kein Fehlverhalten dieser Organisationen nachzuweisen ist. Es kann nicht sein, dass diese Zahlungen deshalb nicht wieder aufgenommen werden, weil es dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu „stressig“ ist, sich mit dem Bundesministerium des Inneren auseinander zu setzen, das aus unerfindlichen Gründen – und damit ziemlich alleine stehend - die wenig glaubwürdigen Aussagen der israelischen Regierung über diese Organisationen übernommen hat. Diesem wenig niveauvollen bürokratischen Wirrwarr sollte das grün geführte Bundesaußenministerium ein Ende bereiten.Warum einige palästinensische NGOs kein deutsches Geld mehr bekommen (msn.com)5.4. Was mögliche praktische Schritte zur Einflußnahme auf die israelische Regierung anbelangt, so könnte im Rahmen der EU - und mit Unterstützung Deutschlands - auch eine Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel, das die Einhaltung der Menschenrechte zur Voraussetzung hat, ins Auge gefasst werden.Die über 140 Tage dieses Krieges haben gezeigt, dass Netanjahus Kriegsziel, "die

Von Zeile 69 bis 256:

Fernüberwachung kombiniert mit militärischen "Vergeltungsmassnahmen" nach grösseren Anschlägen könnten Hamas-Terror auf Dauer eindämmen.**Das Problem Hamas und generell militanter Islamismus wird sehr wahrscheinlich auch von keiner anderen Macht nur mit militärischen Mitteln zu lösen sein.Wer dem zustimmt und nicht resignieren will, wird anders vorgehen und zusehen wollen, Hamas und allen anderen gewaltbereiten Islamist*innen die Massenbasis zu nehmen.Dazu wird es in Palästina erst dann kommen können, wenn Palästinenser*innen selbst erfahren, dass ein menschenwürdiges Leben für alle unter säkularen Vorzeichen möglich ist. Wir halten dieses Ziel für grundsätzlich erreichbar: werden die Menschen im Gazastreifen frei von einer Gewaltherrschaft, die sich zu Unrecht auf Religion beruft, dann können sie sich zur Freiheit bilden.Allerdings sind mit jeder real möglichen Alternative zu einer israelischen Militärherrschaft über den Gazastreifen grosse Schwierigkeiten und erhebliche Risiken verbunden. Diese Schwierigkeiten und Risiken sollen geprüft und verglichen werden. Zu wählen ist anschliessend der Weg, der voraussichtlich am ehesten die Aussicht auf eine wirklich friedensstiftende Lösung eröffnet.Zu den Grundvoraussetzungen jeder positiven Entwicklung gehört Sicherheit nach innen und nach aussen und umfassender Wiederaufbau, eine stetig wachsende Wirtschaftskraft mit genügend**

Perspektiven für die gesamte Bevölkerung als strukturelle Voraussetzungen für Regeneration, Hoffnung und Zuversicht.Wer diese Aufgabe leiten und garantieren soll, braucht grosse politische und ökonomische Stärke, Entschlossenheit und Durchhaltevermögen. Nicht sehr viele Staaten und Staatengruppen kommen dafür überhaupt in Frage.Eine Beauftragung Chinas oder Russlands brauchen wir wohl nicht ernsthaft erörtern.Wollten die USA, die EU oder beide zusammen ein „Mandatsgebiet Gaza“ organisieren, hätten sie sofort und anhaltend ein antikoloniales bzw. antiimperialistisches Grundmisstrauen gegen sich, ständig geschürt von Russland und anderen. Sie würden sich für längere Zeit in einen latenten Angeklagen-Status begeben, akut werdend bei jeder grösseren Repressionsmassnahme.Wenn überhaupt, dann wäre ein solches Experiment wohl nur mit gut sichtbarer arabischer Beteiligung eventuell zu vertreten.Die Palästinensische Autonomiebehörde wäre für eine Machtübernahme in ihrem gegenwärtigen Zustand kaum qualifiziert und auch nicht legitimiert; freie Wahlen, die diesen Mangel heilen würden, könnten gegenwärtig vermutlich von der Hamas gewonnen werden.Auch ein Konsortium arabischer Nachbarstaaten wäre damit wohl überfordert und könnte leicht daran scheitern, Gaza Freiheit und Wohlstand zu bringen. Möglich, dass die Arabische Liga oder die OIC über sich hinaus wachsen würden, wenn ihnen diese Aufgabe übertragen würde. Aber auch diese Staatenbünde müssten ein Grundproblem überwinden: jede erfolgreiche Entwicklung Gazas hin zu einer freiheitlichen, korruptionsresistenten, rechtsstaatlich gesicherten Demokratie könnte einfach durch ihr Beispiel die Regierungssysteme nahezu aller ihrer Mitgliedsländer in Frage stellen und tendenziell gefährden. Die tatsächliche Lösung ihres Entwicklungsauftrags wäre in dieser Hinsicht den Interessen der meisten ihrer Herrschenden abträglich.Würde dieses Grundproblem nicht im Vorfeld gelöst, dann bestände die Gefahr, dass der weitere Verlauf den Menschen im Gaza-Streifen kaum mehr zu bieten hätte als die fortgesetzte, z.T. gewaltsame Unterdrückung des militanten Islamismus durch ein Überwachungsregime. Es könnte im übrigen – gesellschaftlich und damit auch politisch - beim Vorkriegselend bleiben.In der Summe spricht daher einiges dafür, dass alle Staaten und Staatengruppen, die sich überhaupt im Gazastreifen exponieren und engagieren wollen, ihre Kapazitäten unter dem Dach der Vereinten Nationen zusammenführen und den Vereinten Nationen die Verantwortung und Federführung für das gesamte Projekt übertragen.Das Ergebnis wäre dann die Nachkriegs-Verwaltung des Gaza-Streifens direkt durch die Vereinten Nationen. Die Vereinten Nationen würden sich selbst den Auftrag erteilen, im Namen der Weltgemeinschaft das Leben im Gazastreifen solange zu regeln, bis die

Palästinenser*innen dies als freie Bürger*innen eines souveränen Staates selbst tun können.Die meisten Gazaner*innen werden dieser Institution immerhin den guten Willen zutrauen, ihre legitimen Interessen wahrzunehmen. Sache der VN-Mitgliedsländer wäre es, für eine derartige Lösung den Vereinten Nationen alle Mittel zu verschaffen, die erforderlich und gegenwärtig noch nicht vorhanden sind. VN-Friedenstruppen mit robustem Mandat sowie von den Vereinten Nationen entsandte Richter*innen, Staatsanwält*innen, Polizist*innen und Zivilverwaltende sollten die friedliche Entwicklung des Gazastreifens hin zu einer freiheitlichen Demokratie sichern und fördern. Innerhalb des Gazastreifens sollten sie die alleinige Kontrolle haben, auch über Flughafen und Seehafen, Luftraum und Hoheitsgewässer, damit über den gesamten Personen- und Güterverkehr, soweit er nicht über die Landgrenzen geht.Die Friedenstruppen müssten ein robustes Mandat haben, von den Vereinten Nationen selbst geführt werden und militärisch stark genug sein, um mit feindlichen Angriffsaktionen schnell fertig zu werden. Sie müssen von Staaten und Staatengruppen gestellt werden, deren politisches Gewicht potentiellen Angreifer*innen hoch genug ist, um vor etwaigen Angriffen auf deren Truppen abzuschrecken.Hinreichend viele gut qualifizierte, von den Vereinten Nationen ausgewählte und beauftragte Fachkräfte für Justiz, Polizei und Kommunalverwaltung müssten palästinensische Gerichte, Polizei und Verwaltungen von Grund auf neu aufbauen, die Bewerber*innen auswählen, aus- und weiterbilden und bis zur Vollendung dieser Aufbauarbeit beaufsichtigen. Sie müssten in diesem Zeitraum politisch motivierte Straftaten auch selbst verhüten bzw. ahnden und politisch relevante Rechtsstreitigkeiten im Gazastreifen auch selbst entscheiden. Ziel müsste es sein, für die Menschen im Gazastreifen und perspektivisch für einen zukünftigen palästinensischen Staat Gerichte zu schaffen, die Rechtsstaatlichkeit umfassend und zuverlässig garantieren, dazu eine unparteiische, gemeinwohlorientierte, korruptionsresistente und gut funktionierende Verwaltung und eine leistungsfähige, vertrauenswürdige Polizei. Die Gaza-Verwaltung der Vereinten Nationen müsste kontinuierlich die Lage beobachten und analysieren, auf die politisch Handelnden acht geben und wenn nötig korrigierend eingreifen. Jede Freiheitseinschränkung müsste in fairen Verfahren beschlossen und auf Wunsch richterlich überprüft werden. Es sollte ein verlässlicher Rechtsstaat entstehen, in dem alle gleichberechtigten Zugang zu allen öffentlichen Ämtern und Mandaten haben. Die demokratischen Diskurse und Gremien sollten von fair geregeltem, echten Wettbewerb der Ideen, der Interessen und der Kandidierenden geprägt werden. Den Wiederaufbau gestaltende Beteiligungsprozesse sollten gleichzeitig als politisches Bildungsprogramm

dienen und in ein Zusammenleben Verschiedener auf gleichberechtigter Basis einführen. Menschen sollten lernen, Dissens auszuhalten, Konflikte anständig auszutragen und zu lösen. Sie sollten sich durch eigenes Erleben von dämonisierenden Feindbildern frei machen. Dazu gehört auch volle Religionsfreiheit: Freiheit von Religion für alle Menschen, die sich das wünschen - aber genauso auch Freiheit zur Religion für alle Menschen, die sich das wünschen. Innerhalb einer freiheitlichen Demokratie könnten selbstverständlich auch islamisch inspirierte Konzeptionen und islamisch-demokratische Parteien ihren legitimen Platz finden, wie es sie in Israel bereits gibt und das wird in einer freiheitlichen Demokratie Palästina sicherlich auch geschehen.Im Erfolgsfall, sobald also Gaza als freiheitliche Demokratie mit den Vereinten Nationen als Geburtshelferin und Garantin ausgereift wäre, würde das „Modell Gaza“ ausstrahlen – ins Westjordanland, in die Exilländer der Palästinenser*innen und in die gesamte Region. Die PLO würde sich und mit ihr die Palästinensische Autonomiebehörde reformieren müssen und wollen. Die im Gazastreifen erprobte und bewährte Form einer partizipativen, emanzipierenden politischen Entwicklung könnte dann auch im Westjordanland die Strukturen und Mentalitäten hin zu moderner, freiheitlicher Staatlichkeit transformieren.Wenn beide palästinensischen Siedlungsgebiete diesen Weg gingen, wäre das gleichzeitig auch eine große, vertrauensbildende Massnahme in Richtung Israel. Die zu Frieden und Ausgleich bereiten Bürger*innen Israels könnten erst sich, dann ihre eher skeptischen bis ablehnenden Mitbürger*innen davon überzeugen: Ja, dort entsteht uns eine Verhandlungspartnerin für Friedensverhandlungen. Ein erfolgreiches Engagement der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedsländer würde Vertrauen für zukünftige Sicherheitsgarantien und Beistandszusagen wecken. So könnten dann auch zukünftige israelische Regierungen zu guten Verhandlungspartner*innen und Friedenspartner*innen für die Palästinenser*innen werden.Falls also eine Übergangsverwaltung des Gazastreifens durch die Vereinten Nationen eingerichtet würde und gut funktionierte, könnte sie mittelfristig sehr wertvolle Potentiale für den Frieden zwischen Israel und Palästina erschliessen, auch mit sehr positiven Ausstrahlungen in die gesamte Region.Unabhängig davon, welche Entwicklung der Gazastreifen nach diesem Krieg nehmen kann:Grüne sollen und werden sich für den Frieden im Nahen Osten stark machen.Jede weitsichtige und konsequente pro-israelische Politik ist gleichzeitig pro-palästinensisch - und umgekehrt. Beides steht einander nicht entgegen, sondern bedingt einander.Die EU soll die Kräfte ihrer Mitgliedsstaaten für eine multilateral mit allen Konfliktparteien verhandelte Friedenslösung des israelisch-palästinensischen Konflikts bündeln und einsetzen.

Wir warnen vor der Illusion, Frieden lasse sich beiden Konfliktparteien diktieren. Nur die freiwillige Zustimmung beider Seiten wird einen Friedensschluss dauerhaft machen können.Wir wollen menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle Menschen im Nahen Osten. Wir unterstützen die seit langem ersehnte Zweistaatenregelung. Der Staat Israel und alle seine Bürger*innen sollen in Freiheit und Sicherheit leben, seine Existenz und seine Grenzen sollen weltweit anerkannt werden. Ein souveräner, lebensfähiger und demokratischer Staat Palästina soll auf Grundlage der Grenzen von 1967 entstehen und in die Vereinten Nationen aufgenommen werden. Wir sind aber auch offen für jede andere Friedenslösung, die die israelische und die palästinensische Seite nach freiem Willen miteinander vereinbaren, wie zum Beispiel das Zusammenleben in einer Konföderation. In jedem Fall sollen sich alle Israelis und alle Palästinenser*innen als gleichberechtigte Bürger*innen einer oder mehrerer freiheitlicher Demokratien mit gesicherter Rechtsstaatlichkeit wiederfinden. Die EU soll auf beide Seiten einwirken und diese aktiv zu zielführenden Friedensgesprächen bewegen, ihre tatkräftige und großzügige Hilfe für die Friedensverwirklichung anbieten und bei den Vereinten Nationen entsprechende Zusagen erwirken.Deutschland ist mehr als jeder andere Staat verpflichtet, Frieden zwischen Israel und Palästina zu fördern.(1) "*Grundlinien Grüner Nahostpolitik – Für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina*" (BDK Freiburg, 19.-21.11. 2010, https://wolke.netzbegruenung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F2010-11-Freiburg&openfile=28918805), "*Jetzt einen Staat Palästina auf den Weg bringen – Palästina in den VN unterstützen*" (BDK Kiel 25.-27. 11. 2011, https://wolke.netzbegruenung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F2011-11-Kiel&openfile=28918844) , "*Zwischen Umbruch in der arabischen Welt und Rückschritten im palästinensisch-israelischen Friedensprozess – Wie weiter in der deutschen Nahostpolitik?*" (Bundesvorstandsbeschluss vom 1./2. 9. 2015, https://cms.gruene.de/uploads/documents/20150909_Beschluss_BuVo_Nahost_FINAL.pdf-),(2) Grundsatzprogramm von 2020 (https://cms.gruene.de/uploads/documents/20200125_Grundsatzprogramm.pdf , S.54), Bundestagswahlprogramme 2021 (https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm_DIE_GRUENEN_Bundestagswahl_-2021.pdf , S. 232) und 2024 (https://cms.gruene.de/uploads/documents/EP-FR-01_C__Was_Frieden_schützt.pdf , S. 22f.)(3) BDK Karlsruhe, 23.-26.11. 2023, https://cms.gruene.de/uploads/documents/Dringlichkeit-Solidaritaet-mit-Israel-Beschluss-BDK-11-2023.pdf(4) Charta der Vereinten Nationen, https://unric.org/de/charta/

Artikel 51(5) https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N23/359/02/PDF/N2335902.pdf(6) https://icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240126-ord-01-00-en.pdf(7) „*Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations*“ , 26. 10. 2023, https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/LTD/N23/319/20/PDF/N2331920.pdf

~~Das Problem Hamas und generell militanter Islamismus wird sehr wahrscheinlich auch von keiner anderen Macht nur mit militärischen Mitteln zu lösen sein.~~

~~Wer dem zustimmt und nicht resignieren will, wird anders vorgehen und zusehen wollen, Hamas und allen anderen gewaltbereiten Islamist*innen die Massenbasis zu nehmen.~~

~~Dazu wird es in Palästina erst dann kommen können, wenn Palästinenser*innen selbst erfahren, dass ein menschenwürdiges Leben für alle unter säkularen Vorzeichen möglich ist. Wir halten dieses Ziel für grundsätzlich erreichbar: werden die Menschen im Gazastreifen frei von einer Gewaltherrschaft, die sich zu Unrecht auf Religion beruft, dann können sie sich zur Freiheit bilden.~~

~~Allerdings sind mit jeder real möglichen Alternative zu einer israelischen Militärherrschaft über den Gazastreifen grosse Schwierigkeiten und erhebliche Risiken verbunden. Diese Schwierigkeiten und Risiken sollen geprüft und verglichen werden. Zu wählen ist anschliessend der Weg, der voraussichtlich am ehesten die Aussicht auf eine wirklich friedensstiftende Lösung eröffnet.~~

~~Zu den Grundvoraussetzungen jeder positiven Entwicklung gehört Sicherheit nach innen und nach aussen und umfassender Wiederaufbau, eine stetig wachsende Wirtschaftskraft mit genügend Perspektiven für die gesamte Bevölkerung als strukturelle Voraussetzungen für Regeneration, Hoffnung und Zuversicht.~~

~~Wer diese Aufgabe leiten und garantieren soll, braucht grosse politische und ökonomische Stärke, Entschlossenheit und Durchhaltevermögen. Nicht sehr viele Staaten und Staatengruppen kommen dafür überhaupt in Frage.~~

~~Eine Beauftragung Chinas oder Russlands brauchen wir wohl nicht ernsthaft erörtern.~~

~~Wollten die USA, die EU oder beide zusammen ein „Mandatsgebiet Gaza“ organisieren, hätten sie sofort und anhaltend ein antikoloniales bzw. antiimperialistisches Grundmisstrauen gegen sich, ständig geschürt von Russland und anderen. Sie würden sich für längere Zeit in einen latenten Angeklagen-Status begeben, akut werdend bei jeder grösseren Repressionsmassnahme.~~

~~Wenn überhaupt, dann wäre ein solches Experiment wohl nur mit gut sichtbarer arabischer Beteiligung eventuell zu vertreten.~~

~~Die Palästinensische Autonomiebehörde wäre für eine Machtübernahme in ihrem gegenwärtigen Zustand kaum qualifiziert und auch nicht legitimiert; freie Wahlen, die~~

diesen Mangel heilen würden, könnten gegenwärtig vermutlich von der Hamas gewonnen werden.

Auch ein Konsortium arabischer Nachbarstaaten wäre damit wohl überfordert und könnte leicht daran scheitern, Gaza Freiheit und Wohlstand zu bringen. Möglich, dass die Arabische Liga oder die OIC über sich hinaus wachsen würden, wenn ihnen diese Aufgabe übertragen würde. Aber auch diese Staatenbünde müssten ein Grundproblem überwinden: jede erfolgreiche Entwicklung Gazas hin zu einer freiheitlichen, korruptionsresistenten, rechtsstaatlich gesicherten Demokratie könnte einfach durch ihr Beispiel die Regierungssysteme nahezu aller ihrer Mitgliedsländer in Frage stellen und tendenziell gefährden. Die tatsächliche Lösung ihres Entwicklungsauftrags wäre in dieser Hinsicht den Interessen der meisten ihrer Herrschenden abträglich.

Würde dieses Grundproblem nicht im Vorfeld gelöst, dann bestände die Gefahr, dass der weitere Verlauf den Menschen im Gaza-Streifen kaum mehr zu bieten hätte als die fortgesetzte, z.T. gewaltsame Unterdrückung des militanten Islamismus durch ein Überwachungsregime. Es könnte im übrigen – gesellschaftlich und damit auch politisch - beim Vorkriegselend bleiben.

In der Summe spricht daher einiges dafür, dass alle Staaten und Staatengruppen, die sich überhaupt im Gazastreifen exponieren und engagieren wollen, ihre Kapazitäten unter dem Dach der Vereinten Nationen zusammenführen und den Vereinten Nationen die Verantwortung und Federführung für das gesamte Projekt übertragen.

Das Ergebnis wäre dann die Nachkriegs-Verwaltung des Gaza-Streifens direkt durch die Vereinten Nationen. Die Vereinten Nationen würden sich selbst den Auftrag erteilen, im Namen der Weltgemeinschaft das Leben im Gazastreifen solange zu regeln, bis die Palästinenser*innen dies als freie Bürger*innen eines souveränen Staates selbst tun können.

Die meisten Gazaner*innen werden dieser Institution immerhin den guten Willen zutrauen, ihre legitimen Interessen wahrzunehmen. Sache der VN-Mitgliedsländer wäre es, für eine derartige Lösung den Vereinten Nationen alle Mittel zu verschaffen, die erforderlich und gegenwärtig noch nicht vorhanden sind.

VN-Friedenstruppen mit robustem Mandat sowie von den Vereinten Nationen entsandte Richter*innen, Staatsanwält*innen, Polizist*innen und Zivilverwaltende sollten die friedliche Entwicklung des Gazastreifens hin zu einer freiheitlichen Demokratie sichern und fördern. Innerhalb des Gazastreifens sollten sie die alleinige Kontrolle haben, auch über Flughafen und Seehafen, Luftraum und Hoheitsgewässer, damit über den gesamten Personen- und Güterverkehr, soweit er nicht über die Landgrenzen geht.

Die Friedenstruppen müssten ein robustes Mandat haben, von den Vereinten Nationen selbst geführt werden und militärisch stark genug sein, um mit feindlichen

Angriffsaktionen schnell fertig zu werden. Sie müssen von Staaten und Staatengruppen gestellt werden, deren politisches Gewicht potentiellen Angreifer*innen hoch genug ist, um vor etwaigen Angriffen auf deren Truppen abzuschrecken.
Hinreichend viele gut qualifizierte, von den Vereinten Nationen ausgewählte und beauftragte Fachkräfte für Justiz, Polizei und Kommunalverwaltung müssten palästinensische Gerichte, Polizei und Verwaltungen von Grund auf neu aufbauen, die Bewerber*innen auswählen, aus- und weiterbilden und bis zur Vollendung dieser Aufbauarbeit beaufsichtigen. Sie müssten in diesem Zeitraum politisch motivierte Straftaten auch selbst verhüten bzw. ahnden und politisch relevante Rechtsstreitigkeiten im Gazastreifen auch selbst entscheiden. Ziel müsste es sein, für die Menschen im Gazastreifen und perspektivisch für einen zukünftigen palästinensischen Staat Gerichte zu schaffen, die Rechtsstaatlichkeit umfassend und zuverlässig garantieren, dazu eine unparteiische, gemeinwohlorientierte, korruptionsresistente und gut funktionierende Verwaltung und eine leistungsfähige, vertrauenswürdige Polizei.
Die Gaza-Verwaltung der Vereinten Nationen müsste kontinuierlich die Lage beobachten und analysieren, auf die politisch Handelnden acht geben und wenn nötig korrigierend eingreifen. Jede Freiheitseinschränkung müsste in fairen Verfahren beschlossen und auf Wunsch richterlich überprüft werden. Es sollte ein verlässlicher Rechtsstaat entstehen, in dem alle gleichberechtigten Zugang zu allen öffentlichen Ämtern und Mandaten haben.
Die demokratischen Diskurse und Gremien sollten von fair geregeltem, echten Wettbewerb der Ideen, der Interessen und der Kandidierenden geprägt werden. Den Wiederaufbau gestaltende Beteiligungsprozesse sollten gleichzeitig als politisches Bildungsprogramm dienen und in ein Zusammenleben Verschiedener auf gleichberechtigter Basis einführen. Menschen sollten lernen, Dissens auszuhalten, Konflikte anständig auszutragen und zu lösen. Sie sollten sich durch eigenes Erleben von dämonisierenden Feindbildern frei machen. Dazu gehört auch volle Religionsfreiheit: Freiheit von Religion für alle Menschen, die sich das wünschen - aber genauso auch Freiheit zur Religion für alle Menschen, die sich das wünschen. Innerhalb einer freiheitlichen Demokratie könnten selbstverständlich auch islamisch inspirierte Konzeptionen und islamisch-demokratische Parteien ihren legitimen Platz finden, wie es sie in Israel bereits gibt und das wird in einer freiheitlichen Demokratie Palästina sicherlich auch geschehen.
Im Erfolgsfall, sobald also Gaza als freiheitliche Demokratie mit den Vereinten Nationen als Geburtshelferin und Garantin ausgereift wäre, würde das „Modell Gaza“ ausstrahlen – ins Westjordanland, in die Exilländer der Palästinenser*innen und in die gesamte Region. Die PLO würde sich und mit ihr die Palästinensische Autonomiebehörde reformieren müssen und wollen. Die im Gazastreifen erprobte und bewährte Form einer

partizipativen, emanzipierenden politischen Entwicklung könnte dann auch im Westjordanland die Strukturen und Mentalitäten hin zu moderner, freiheitlicher Staatlichkeit transformieren.
Wenn beide palästinensischen Siedlungsgebiete diesen Weg gingen, wäre das gleichzeitig auch eine große, vertrauensbildende Massnahme in Richtung Israel. Die zu Frieden und Ausgleich bereiten Bürger*innen Israels könnten erst sich, dann ihre eher skeptischen bis ablehnenden Mitbürger*innen davon überzeugen: Ja, dort entsteht uns eine Verhandlungspartnerin für Friedensverhandlungen. Ein erfolgreiches Engagement der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedsländer würde Vertrauen für zukünftige Sicherheitsgarantien und Beistandszusagen wecken. So könnten dann auch zukünftige israelische Regierungen zu guten Verhandlungspartner*innen und Friedenspartner*innen für die Palästinenser*innen werden.
Falls also eine Übergangsverwaltung des Gazastreifens durch die Vereinten Nationen eingerichtet würde und gut funktionierte, könnte sie mittelfristig sehr wertvolle Potentiale für den Frieden zwischen Israel und Palästina erschliessen, auch mit sehr positiven Ausstrahlungen in die gesamte Region.
Unabhängig davon, welche Entwicklung der Gazastreifen nach diesem Krieg nehmen kann:
Grüne sollen und werden sich für den Frieden im Nahen Osten stark machen.
Jede weitsichtige und konsequente pro-israelische Politik ist gleichzeitig pro-palästinensisch - und umgekehrt. Beides steht einander nicht entgegen, sondern bedingt einander.
Die EU soll die Kräfte ihrer Mitgliedsstaaten für eine multilateral mit allen Konfliktparteien verhandelte Friedenslösung des israelisch-palästinensischen Konflikts bündeln und einsetzen. Wir warnen vor der Illusion, Frieden lasse sich beiden Konfliktparteien diktieren. Nur die freiwillige Zustimmung beider Seiten wird einen Friedensschluss dauerhaft machen können.
Wir wollen menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle Menschen im Nahen Osten. Wir unterstützen die seit langem ersehnte Zweistaatenregelung. Der Staat Israel und alle seine Bürger*innen sollen in Freiheit und Sicherheit leben, seine Existenz und seine Grenzen sollen weltweit anerkannt werden. Ein souveräner, lebensfähiger und demokratischer Staat Palästina soll auf Grundlage der Grenzen von 1967 entstehen und in die Vereinten Nationen aufgenommen werden. Wir sind aber auch offen für jede andere Friedenslösung, die die israelische und die palästinensische Seite nach freiem Willen miteinander vereinbaren, wie zum Beispiel das Zusammenleben in einer Konföderation. In jedem Fall sollen sich alle Israelis und alle Palästinenser*innen als gleichberechtigte Bürger*innen einer oder mehrerer freiheitlicher Demokratien mit

gesicherter Rechtsstaatlichkeit wiederfinden. Die EU soll auf beide Seiten einwirken und diese aktiv zu zielführenden Friedensgesprächen bewegen, ihre tatkräftige und großzügige Hilfe für die Friedensverwirklichung anbieten und bei den Vereinten Nationen entsprechende Zusagen erwirken.
Deutschland ist mehr als jeder andere Staat verpflichtet, Frieden zwischen Israel und Palästina zu fördern.
(1) "*Grundlinien Grüner Nahostpolitik – Für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina*" (BDK Freiburg, 19.-21.11. 2010, https://wolke.netzbegruenung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F2010-11-Freiburg&openfile=28918805), "*Jetzt einen Staat Palästina auf den Weg bringen – Palästina in den VN unterstützen*" (BDK Kiel 25.-27. 11. 2011, https://wolke.netzbegruenung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F2011-11-Kiel&openfile=28918844) , "*Zwischen Umbruch in der arabischen Welt und Rückschritten im palästinensisch-israelischen Friedensprozess – Wie weiter in der deutschen Nahostpolitik?*" (Bundesvorstandsbeschluss vom 1./2. 9. 2015, https://cms.gruene.de/uploads/documents/20150909_Beschluss_BuVo_Nahost_FINAL.pdf),
(2) Grundsatzprogramm von 2020 (https://cms.gruene.de/uploads/documents/20200125_Grundsatzprogramm.pdf , S.54), Bundestagswahlprogramme 2021 (https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm_DIE_GRUENEN_Bundestagswahl_-2021.pdf , S. 232) und 2024 (https://cms.gruene.de/uploads/documents/EP-FR-01_C__Was_Frieden_schützt.pdf , S. 22f.)
(3) BDK Karlsruhe, 23.-26.11. 2023, https://cms.gruene.de/uploads/documents/Dringlichkeit-Solidaritaet-mit-Israel-Beschluss-BDK-11-2023.pdf
(4) Charta der Vereinten Nationen, https://unric.org/de/charta/ Artikel 51
(5) https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N23/359/02/PDF/N2335902.pdf
(6) https://icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240126-ord-01-00-en.pdf
(7) „*Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations*“ , 26. 10. 2023, https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/LTD/N23/319/20/PDF/N2331920.pdf

Begründung
Der Antrag A 4 enthält sehr viele wichtige Aussagen, denen ich mich anschließe. Allerdings bin ich der Meinung, dass konkreter und ausführlichere Aussagen nötig sind zur Umsetzung des Internationalen Gerichtshofes vom 26.1.24, zum Charakter und zur - auch menschenrechtlichen - Bewertung der gegenwärtigen

Kriegshandlungen und zu nötigen politischen Schritten durch die Bundesregierung, so wie es meiner Ansicht nach eine Politik entlang grüner Werte erforderlich macht. Stichworte hierzu sind: Sofortiger Waffenstillstand für das Wohlergehen aller (Israelis wie Palästinenser*Innen und für eine Befreiung der Geiseln. Diese Waffenstillstandsforderung richtet sich natürlich sowohl an die Hamas als auch an die israelische Regierung), Stopp von Waffenlieferungen, weitere Förderung der lebensnotwendigen Arbeit von UNRWA, weitere Förderung palästinensischer zivilgesellschaftlicher Organisationen und mögliche Konsequenzen für das EU-Israel-Assoziierungsabkommen.